

## Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche hat mich insbesondere die Rede von Yulia Nawalnaya sehr bewegt. Ich bewundere ihre Stärke und ihren Mut! Ihren Mann Alexei Nawalny, der wegen seiner Tätigkeit als Oppositionspolitiker von Putin verurteilt, eingesperrt und schließlich ermordet wurde, haben wir als EU-Parlament schon 2021 mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr an ausgewählte Personen oder Organisationen verliehen, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. Seine Ermordung zeigt einmal mehr das brutale „System Putin“ auf.



Diese Woche stand außerdem die sogenannte Führerschein-Richtlinie auf der Tagesordnung. Der Berichtsentwurf von Karima Delli hat vor einigen Monaten zurecht für einen Aufschrei gesorgt - Grüne und Linke haben unter anderem ein Nachtfahrverbot für Fahranfänger, Tempolimits durch die Hintertür und SUV-Führerscheine gefordert. Nichts davon war verhältnismäßig und in der Ausschussabstimmung konnte Einiges korrigiert werden. Dennoch bleiben bedeutende Wehrmutstropfen: Verpflichtende medizinische Test für jeden und ein europaweites Punktesystem sind weiterhin vorgesehen. Diese unnötige Bürokratie leistet aber keinen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit. Als EVP-Fraktion haben wir gegen diesen Entwurf gestimmt, da für uns bedeutende Punkte nicht gelöst werden konnten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Ursula von der Leyen kandidiert erneut als Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen hat am 19. Februar im CDU-Präsidium angekündigt, für eine zweite Amtszeit im Amt der EU-Kommissionspräsidentin zu kandidieren. Dazu erklären **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Es ist gut, dass Ursula von der Leyen eine zweite Amtszeit an der Spitze der Europäischen Kommission anstrebt. Ihre erste Amtszeit spricht für sich: Ursula von der Leyen kann Krise. Sie hat die EU sicher durch die Corona-Krise gesteuert und Europa nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zusammengehalten. Gutes Krisenmanagement ist auch weiterhin mehr gefragt denn je.

Aus deutscher Sicht ist es auch weiterhin etwas Besonderes, dass eine deutsche Politikerin den wichtigsten politischen Posten in der EU besetzt. Wir wollen, dass dies nach der Europawahl am 9. Juni so bleibt. Als CDU und CSU wollen wir nicht nur die mit Abstand stärkste politische Kraft in Deutschland bleiben, sondern als Europäische Volkspartei auch im Europäischen Parlament. Mit Ursula von der Leyen an der Kommissionsspitze setzen wir uns für ein starkes, sicheres, wettbewerbsfähiges, weltoffenes Europa ein, von dem die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Europa im Großen wie auch im Kleinen profitieren."

### Christine Schneider wird neue parlamentarische Geschäftsführerin

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Daniel Caspary hat die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament am Abend die rheinland-pfälzische Europaabgeordnete **Christine Schneider (CDU)** zur neuen parlamentarischen Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe gewählt. Die Neubesetzung wurde notwendig, da der bisherige parlamentarische Geschäftsführer Markus Pieper das Europäische Parlament in Kürze verlassen wird, um als Mittelstandsbeauftragter in die EU-Kommission zu wechseln. Dazu erklären:

**Christine Schneider (CDU)**, parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Ich bedanke mich für das Vertrauen meiner Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich auf die spannende Herausforderung und darauf, ab sofort noch mehr Verantwortung in unserer CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament übernehmen zu dürfen. Mit der zu Ende gehenden Legislaturperiode stehen viele wichtige Dossiers kurz vor dem Abschluss. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass dabei vernünftige, gute Gesetze entstehen. Dafür möchte ich mich mit aller Kraft einsetzen."

**Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Wir gratulieren Christine Schneider ganz herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die künftig noch engere Zusammenarbeit. Ihre langjährige Erfahrung aus dem Landtag und ihre intensive Arbeit in den vergangenen fünf Jahren im Europäischen Parlament, insbesondere auch an umstrittenen Dossiers, prädestiniert sie für diese Aufgabe. Wir danken ihr, dass sie sich dieser Herausforderung stellt."

### Hintergrund:

Die CDU/CSU-Gruppe stellt derzeit 29 von 96 deutschen Europaabgeordneten und ist damit nicht nur die größte nationale Delegation in der EVP-Fraktion, sondern auch die größte einzelne Delegation einer nationalen Parteienfamilie im Europäischen Parlament.

Neben der neu gewählten Christine Schneider (CDU) ist Monika Hohlmeier (CSU) parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe.

Christine Schneider ist gelernte Tischlerin und Spitzenkandidatin der CDU Rheinland-Pfalz für die anstehende Europawahl. Weitere Informationen zu Christine Schneider finden Sie hier: <https://www.christine-schneider.de/biografie>

## Neuer Rechtsrahmen für geographische Angaben

Das Europäische Parlament hat am 28. Februar einen neuen Rechtsrahmen für die geographischen Angaben von Wein, Spirituosen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beschlossen.

Marlene Mortler (MdEP) spricht sich für die Indikationen aus:

„Geographische Herkunftsangaben sind wichtig, da so unsere in Europa hergestellten Spezialitäten geschützt werden. Wir dürfen aber nicht übers Ziel hinausschießen, z .B. durch verpflichtende Herkunftsangaben für Zutaten, die nicht aus dem Produktionsgebiet stammen. Das wäre ein bürokratisches Monster geworden und hätte dazu geführt, dass Nürnberger Lebkuchen oder Spirituosen wie Kräuterlikör künftig nur mit Beipackzettel hätten verkauft werden können.

Wir als CDU/CSU haben uns erfolgreich gegen diese überflüssige Regulierung eingesetzt und einen solchen Beipackzettel verhindert. So wird es keine verpflichtende Herkunftsangabe der primären Zutat geben, falls diese aus einem anderen Land kommt. Es ist zweitrangig, ob die Mandeln für das Marzipan in Dresdner Stollen aus Spanien oder Italien kommen. Wichtig ist die gute Qualität.

Nürnberger Lebkuchen oder Bratwürste bleiben somit international geschützte Begriffe, die so nur bei uns hergestellt und unter diesen Namen vermarktet werden dürfen.

Der neue Rechtsrahmen legt zusätzlich u.a. einen besseren Schutz im Internet fest, fördert erstmals das Thema Nachhaltigkeit bei der Herstellung und ermöglicht ein vereinfachtes Eintragungsverfahren, wodurch bürokratischer Aufwand verringert wird. Auch die Sektorspezifität bei Wein konnte beibehalten werden, da die Regelungen zu geografischen Angaben im Weinsektor größtenteils in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) bleiben.

Diese Reform ist insgesamt sinnvoll und nicht nur wirtschaftlich von großer Bedeutung, sondern auch kulturell wichtig für unsere Familienbetriebe aus den Regionen, die oft in jahrhundertelanger Tradition und in Handarbeit produzieren. Wir schützen damit auch in Zukunft unsere einzigartigen Spezialitäten und heimischen Produzenten. Das ist ein sehr erfreuliches Signal.“

## EU-Parlament stimmt über Führerscheinrichtlinie ab

Das Europaparlament hat sich heute zur Überarbeitung der EU-Führerschein-Richtlinie positioniert. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Bisher hat die Führerschein-Richtlinie für Millionen von Fahrerinnen und Fahrern einen echten Mehrwert geliefert: zum Einkaufen schnell über die Grenze, im Urlaub einen Mietwagen fahren. Kein Problem, dank europaweiter Anerkennung. Diesen Mehrwert haben Grüne, Linke und Sozialdemokraten heute zunichtegemacht. Sie stimmten für verpflichtende medizinische Tests und gegen eine europaweite Anerkennung von Trecker-Führerscheinen.

Wir hatten heute viele gute Vorschläge auf dem Tisch. Statt das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen und grenzüberschreitende Mobilität zu fördern, hat sich die Mehrheit lieber für unnötige Bürokratie ausgesprochen. Für mehr Verkehrssicherheit werden diese Regeln nicht sorgen. Stattdessen wird nur der Europa-Verdross gefördert. Wir hätten heute mehr Pragmatismus und Vertrauen in die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen gebraucht. Mit dem heutigen Abstimmungsergebnis bleiben in der Realität nicht mehr existierende Grenzen beim Führerschein weiterhin bestehen.

Es ist gut, dass wir den absurdesten Vorschlägen von Grünen und Linken bei der Revision der Führerschein-Richtlinie schon im Ausschuss Einhalt gebieten konnten. Alltagsfremde und bevormundende Regeln wie Nachtfahrverbote für Fahranfänger, Tempolimits durch die Hintertür oder SUV-Führerscheine sind vom Tisch. Auch die vorgesehene Altersdiskriminierung konnte verhindert werden. Das sind Erfolge der EVP, von denen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar profitieren können. Zusammen mit der von der CDU/CSU seit Jahren geforderten europaweiten Anerkennung des begleiteten Fahrens ab 17 Jahren, bleiben diese Ergebnisse aus dem Ausschuss leider der einzige Lichtblick. Insgesamt ist die Parlamentsposition eine verpasste Chance.“

## Abstimmung über standardessentielle Patente

Das Plenum hat sich heute zu neuen Vorschriften für standardessentielle Patente (SEP) positioniert. Dazu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das Dossier:

„Heute ist es uns gelungen, Europas standardessentielle Patente zu stärken, indem wir Licht in ein sehr undurchsichtiges System gebracht haben. Diese neuen Regeln werden die Lizenzierung von standardessentiellen Patenten effizienter gestalten. Sie werden die Transaktionskosten bei der Lizenzvergabe verringern, Lizenzverhandlungen erleichtern, den Abschluss von Lizenzverhandlungen beschleunigen sowie kostspielige und zeitraubende Rechtsstreitigkeiten reduzieren.“

Damit stärken wir Europa als Innovationsstandort und machen die europäische Wirtschaft global wettbewerbsfähiger. Dies nützt nicht nur den SEP-Inhabern und den SEP-Anwendern, sondern wird letztendlich auch den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen.“

### Hintergrund:

Ein standardessenzielles Patent (SEP) ist ein Patent, das eine Technologie schützt, die für die Implementierung eines Standards als wesentlich erklärt wird. Solche Standards beziehen sich zum Beispiel auf Konnektivität (z. B. 5G, Wi-Fi) oder Audio- bzw. Videokomprimierungsstandards. Die Patentinhaber verpflichten sich, ihre SEP zu fairen, angemessenen und diskriminierungsfreien Bedingungen an die Nutzer der Norm zu lizenzieren. Um ein standardkonformes Produkt herzustellen, ist ein Anwender also verpflichtet, die entsprechenden "essenziellen" Patente zu nutzen. SEP-Anwender sind neben den Herstellern von Handys, Computern, Tablets und Fernsehgeräten auch Hersteller von Geräten des Internets der Dinge wie Zahlungsterminals, intelligenten Zählern, Ortungsgeräten (für E-Scooter, E-Bikes, Frachtverfolgung), medizinischen Geräten und drahtlosen Ladestationen. Die SEP-Anwender sind zu etwa 84 % KMUs, die mit den SEP-Inhabern im Rahmen von Vertragsverhandlungen Lizenzgebühren aushandeln müssen.

Die EU will mit ihrer Gesetzgebung nun dafür sorgen, dass das derzeitige Lizenzierungssystem für diese Patente transparenter, vorhersehbarer und effizienter wird.

### **Keine Mehrheit für europäisches Lieferkettengesetz**

Die belgische Ratspräsidentschaft konnte am 28. Februar erneut keine qualifizierte Mehrheit für das europäische Lieferkettengesetz finden. Dazu erklären:

**Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Das erneute Scheitern des europäischen Lieferkettengesetzes im Rat ist eine gute Nachricht. Nichtsdestotrotz hat die Blockade der FDP Deutschland erneut im Rat isoliert. Die Bundesregierung hätte vor der Trilog-Einigung mit einer abgestimmten Position intervenieren müssen. Deutschlands Ansehen und Ruf als verlässlicher Partner hat dadurch massiv gelitten.“

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Heute ist ein guter Tag für die europäische Wirtschaft. Dass weiterhin keine Mehrheit für dieses Gesetz absehbar ist und so viele Mitgliedstaaten Vorbehalte haben, ist kein Wunder. Das Gesetz würde enorme zusätzliche Bürokratie gerade für kleine und mittelständische Unternehmen schaffen. Wir haben von Anfang an in den Verhandlungen davor gewarnt, dass dieses Gesetz in zentralen Punkten weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinausgeht. Schon jetzt sind unsere Firmen durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und Engpässe in den Lieferketten massiv belastet. Die belgische Ratspräsidentschaft sollte nun endgültig die Bremse ziehen und das Scheitern des Gesetzes eingestehen.“

### **Jahresbericht über die GASP angenommen**

Heute hat das Europäische Parlament den Jahresbericht über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union angenommen. Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

„Mit der Annahme dieses Berichts hat das Europäische Parlament heute unterstrichen, dass wir stärker als zuvor daran arbeiten müssen, die Europäische Union zu einem ernstzunehmenden und eigenständigeren geopolitischen Akteur zu machen. Dieses wichtige Zeichen, kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt.

Nach zwei Jahren hat Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht nur unvorstellbares menschliches verursacht. Er hat auch die Energie- und Lebensmittelversorgung in Europa und anderen Teilen der Welt destabilisiert und tiefgreifende wirtschaftliche Herausforderungen mit sich gebracht. Diese belasten insbesondere unsere östlichen Partner und die Staaten des Westbalkans. Der Bericht fordert eine Wiederbelebung der europäischen Erweiterungs politik, die parallel mit institutionellen Reformen innerhalb der EU einhergehen muss. Diese Reformen sollten dafür sorgen, dass wir geschlossen und über einen langen Zeitraum auf internationale Krisen reagieren können. Das Europäische Parlament fordert einen schrittweisen Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in denjenigen außenpolitischen Angelegenheiten, die keine militärischen oder verteidigungspolitischen Auswirkungen haben. Das Parlament muss enger in ein effektives außenpolitisches Krisenmanagement eingebunden werden.

Der Bericht betont die Notwendigkeit, die traditionellen Foren des internationalen Austauschs, allen voran die Vereinten Nationen, wieder mehr in Fokus zu rücken. Das Europäische Parlament fordert daher eine stärkere Zusammenarbeit mit jenen multilateralen Organisationen, die ein integraler Bestandteil der internationalen regelbasierten Systems sind.

Nicht zuletzt muss die Europäische Union ihre bilateralen und regionalen Partnerschaften stärken. Dies gilt für unsere Nachbarn und Verbündeten, ebenso wie für gleichgesinnte Staaten, die unsere Unterstützung brauchen. Gemeinsam müssen wir die Regeln, auf denen unsere internationale Ordnung basiert, gegen die Staaten verteidigen, die sie in Frage stellen.

Entscheidend ist, dass die EU ihre globale Stärke als normative Macht durch die Fähigkeit ergänzt, unsere Werte zu verteidigen und geopolitische Interessen durchzusetzen. Der angenommene Text könnte als Leitfaden für die Prioritäten des nächsten Hohen Vertreters dienen.“

### **Konnektivitätspaket der EU-Kommission**

Zum am 21. Februar von der EU-Kommission vorgestellten Konnektivitätspaket erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Jeder Telefonanbieter hat in China durchschnittlich 400 Millionen und in den USA 100 Millionen Kunden. In der EU sind es lediglich 5 Millionen, weil wir 27 separate Märkte mit unterschiedlichen Angebots- und Nachfragebedingungen, Netzarchitekturen sowie unterschiedlicher Abdeckung mit sehr hoher Netzkapazität und unterschiedlichen Regulierungsansätzen haben. Auch die Frequenzgenehmigungsverfahren, -bedingungen und -fristen sind national geregelt. Im Alltag merkt man das an der schlechten Internetverbindung beim Grenzübergang.“

Nur mit einem vollintegrierten Telekommunikation-Binnenmarkt schaffen wir es, mit den globalen Wettbewerbern aus den USA und China mithalten.

Dabei sollten wir von Anfang an auf die Vollharmonisierung setzen und z.B. ein einziges Auswahl- und Genehmigungsverfahren für Frequenzen schaffen.

Damit profitieren wir in der EU langfristig von mehr Wettbewerb, besseren Preisen und vor allem einem schnelleren Infrastruktur-Ausbau. Letzteres ist auch dringend notwendig, wenn wir bis 2030 eine stabile Internetverbindung für jedes Handy und jeden Laptop in der EU ermöglichen wollen."

### Trilogieeinigung zur Luftqualitätsrichtlinie

Vertreter des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten haben eine politische Einigung zur Revision der Luftqualitätsrichtlinie erzielt. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion für das Dossier:

"Bei der Neufassung der Richtlinie zur Luftqualität und sauberer Luft für Europa standen wir vor einer entscheidenden Aufgabe: die Luftqualität zu verbessern und gleichzeitig die Realitäten unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen. Die EVP hat sich stets für realistische, wissenschaftlich fundierte Grenzwerte eingesetzt, die eine nachhaltige Verbesserung der Luftqualität ermöglichen, ohne unsere Wirtschaft zu gefährden oder unsere Bürger unverhältnismäßig einzuschränken. Leider hat der ausgehandelte Text diese Balance nicht gefunden.

Obwohl ich es begrüße, dass der Verweis auf eine direkte Angleichung der Luftqualitätsnormen an die WHO-Empfehlungen - ein zentraler Punkt für die EVP - entfernt wurde, bleibt der Text in vielen Bereichen hinter unseren Erwartungen zurück. Die neuen Grenzwerte für Luftschadstoffe, die Einbeziehung von Ammoniak in Überwachungsstellen im ländlichen Raum und Maßnahmen, die sich insbesondere auf den Straßenverkehr und die Landwirtschaft auswirken, gehen zu weit und missachten die dringende Notwendigkeit einer differenzierten und flexiblen Herangehensweise.

Die Verhandlungsergebnisse lassen zu viel Spielraum für beliebige Anpassungen der Grenzwerte und zusätzliche Flexibilität, was die Luftqualitätsrichtlinie letztlich wenig effektiv macht und nicht zielführend ist. Dies untergräbt das Vertrauen der Bürger in die Richtlinie und ihre Wirksamkeit. Besser wäre es gewesen, eine einheitliche Deadline einzusetzen, die zwar ambitioniert sein kann, aber weiter in der Zukunft liegt und realistisch einhaltbar ist.

Es scheint, als ob die Einhaltung der Richtlinie davon abhängt, wie viel Geld die Bürger „in der Tasche“ haben. Ein Vergleich zwischen Polen und Deutschland verdeutlicht den starken Kontrast innerhalb der EU: Während Polen darum kämpft, die Nutzung von Holzheizungen durch seine Bürger zu erhalten, sieht sich Deutschland eher durch andere Probleme konfrontiert, z.B. mit möglichen Fahrverboten oder der Aussetzung von Bauprojekten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der aktuelle Deal den Glauben an eine realistische Luftqualitätsrichtlinie auf europäischer Ebene unterminiert und die Bedeutung von realistischen, flexiblen und wissenschaftlich fundierten Lösungen verloren geht. Die EVP wird weiterhin für eine Politik kämpfen, die sowohl Nachhaltigkeit als auch die wirtschaftliche Entwicklung Europas fördert, ohne dabei die Rechte und das Wohlergehen unserer Bürger zu vernachlässigen.

Auch hier hatte die Bundesregierung im Trilog wieder wenig Einfluss auf europäischer Ebene. Dies ist vor allem ihrer inneren Blockade auf Bundesebene geschuldet."

## Trilogieeinigung zu Carbon Removals

Zur in der Nacht auf den 20. Februar erfolgten Trilog-Einigung zum EU-Zertifizierungsrahmen für die Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre ("Carbon Removals") erklären:

**Peter Liese (CDU)**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich bin sehr froh darüber, dass dieser wichtige Schritt für die europäische Klimapolitik getan wurde. Mit der Einigung schaffen wir einen klaren Rahmen für CO<sub>2</sub>-Entnahmen in der EU. Ohne negative Emissionen durch natürliche oder technische Senken werden wir unsere ehrgeizigen Klimaziele nicht erreichen. Dies hat insbesondere der Weltklimarat, IPCC, immer wieder festgestellt. Mit der jetzigen Einigung reizen wir weitere Innovationen an und belohnen die, die dadurch einen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Weitere Schritte müssen folgen. Hier müssen wir dringend mehr Unterstützung geben, damit diese Produkte im großen Stil hergestellt werden und dadurch auch kostengünstiger werden. Ich persönlich setze mich nachdrücklich dafür ein, zumindest technische Lösungen in das Emissionshandelssystem (ETS) einzubeziehen.“

**Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

„Ein effektives Anreizsystem wie im Zertifizierungsrahmen zur Kohlenstoffentnahme ist essentiell für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, um Technologien und Methoden zu fördern, die Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre entfernen. Ich erwarte jetzt von der Europäischen Kommission, dass sie präzise Voraussetzungen schafft, damit unsere Landwirte tatsächlich von diesen Maßnahmen profitieren können, um ihr Einkommen zu sichern. Unser Engagement gilt einer Politik, die wirtschaftliche Stärke mit der Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken verbindet, um Europa auf einen Weg des Fortschritts und der Resilienz zu führen.“

### Hintergrund:

Der Vorschlag der EU Kommission über den Unionsrahmen für die Zertifizierung von CO<sub>2</sub>-Entnahmen enthält Regeln für die Überwachung, Meldung und Überprüfung von CO<sub>2</sub>-Entnahmen ("Carbon removals"). Er ergänzt die Anstrengungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und wird dadurch zu dem ehrgeizigen Ziel der EU beitragen, bis 2050 - wie im europäischen Klimagesetz festgelegt - Klimaneutralität zu erreichen. Das Parlament hatte seine Position dazu im November festgelegt.

Technologien z.B. zur Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Luft gibt es bereits. Natürliche Senken speichern CO<sub>2</sub> in Wäldern, Mooren oder im Boden durch sogenanntes „Carbon Farming“. Darüber hinaus gibt es technische Lösungen zur Abscheidung von CO<sub>2</sub> und Verpressung unter die Erde. In den letzten Jahren wurden aber auch „direct air capture“ weiterentwickelt. Hier gibt es bereits Unternehmen, die aus CO<sub>2</sub>, das aus der Luft gewonnen wurde Produkte, wie zum Beispiel Pflastersteine herstellen, in denen das CO<sub>2</sub> dauerhaft gespeichert ist.

## Bestätigung des Trilogieergebnisses zu CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten

Am 14. Februar hat der Unterausschuss des Europäischen Parlaments das Trilog-Ergebnis zur Überarbeitung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte für LKW und Busse bestätigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer für die EVP:

„Viel heiße Luft, wenig Substanz. Das ist die Kurzzusammenfassung der Verhandlungstaktik von Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Erneut wacht er viel zu spät auf, torpediert dann die Verlässlichkeit Deutschlands als Verhandlungspartner und erreicht am Ende trotzdem nichts. Erneut lässt er sich mit einem rechtlich nicht bindenden Erwägungsgrund abspeisen.

Das Trilog-Ergebnis liefert keine Garantie, dass Fahrzeuge, die nachweislich mit CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffen betrieben werden, in Zukunft zugelassen werden können. Im Gegenteil - der Erwägungsgrund ist rechtlich nicht bindend, zudem enthält er auch nur eine Prüfbitte an die Kommission. Wie viel so etwas wert ist, zeigt der Blick auf die Flottengrenzwerte für PKW. Auch hier hat Wissing für einen Erwägungsgrund dem Verbrennerverbot ab 2035 zugestimmt. Das Verbrennerverbot 2035 kommt, der Vorschlag für CO<sub>2</sub>-neutrale Kraftstoffe jedoch hängt in technischen Gremien fest.

Statt also von vornherein eine klare und rationale Politik zu betreiben, fährt man in Berlin lieber Schlingerkurs und schlägt den nächsten Sargnagel für die technologische Neutralität ein. Dass nun erneut alles auf eine Karte gesetzt werden soll, ist ein Glücksspiel auf dem Rücken unserer Industrie. Die Einsatzfelder für LKW und Busse variieren stark. Daher hätten wir alle Optionen auf dem Tisch gebraucht.

Aber nicht nur die fehlende technologische Offenheit ist ein großes Manko bei diesem Gesetzesvorschlag. Die für Anhänger- und Auflieger-Produzenten vorgesehenen Reduktionsziele sind in der Praxis nicht erreichbar. Den, gerade in Deutschland stark vertretenen, mittelständischen Produzenten drohen somit ruinöse Strafzahlungen. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird damit billigend in Kauf genommen. Die SPD fällt als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen erneut völlig aus.

CDU und CSU haben in diesem Gesetzgebungsverfahren von Anfang klare Position bezogen: Volle Unterstützung für die von der Kommission vorgeschlagenen Reduktionsziele, vorausgesetzt es werden keine Technologien ausgeschlossen und es gibt realistischere Ziele für Anhänger- und Aufliegerproduzenten. Diese Bedingungen sind mit dieser Einigung nicht erfüllt. Daher haben wir diesem schlechten Kompromiss nicht zugestimmt und werden auch im Plenum gegen die Einigung stimmen.“

## EU-Marinemission im Roten Meer

Zum Beschluss der EU-Außenminister über eine gemeinsame Marinemission im Roten Meer erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Den heutigen Beschluss der EU-Außenminister über die gemeinsame Marinemission „Aspides“ zur Sicherung der Handelsschifffahrt im Roten Meer begrüße ich. Der Einsatzplan sieht vor, europäische Marineeinheiten für vorerst ein Jahr zu entsenden, um Handelsschiffe vor Angriffen der radikal-islamistischen Huthi-Rebellen zu schützen. Das Rote Meer ist die zweitwichtigste Seefahrtstraße der Welt. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Welthandel zum Spielball einer vom Iran finanzierten Terrororganisation wird.

Es ist gut, dass Deutschland einen Beitrag zu dieser europäischen Mission leistet. Die 250 Frauen und Männer an Bord unserer Fregatte tragen einen wichtigen Teil zur internationalen Sicherheit bei. Unsere Reedereien werden von einer klaren europäischen Antwort auf dieses inakzeptable Vorgehen profitieren. Die freie Schifffahrt ist Grundlage für unsere

exportorientierte Wirtschaft und damit für unseren Wohlstand. Nach dem Beschluss der Bundesregierung über den Einsatz der Fregatte „Hessen“ am vergangenen Freitag muss der Deutsche Bundestag ihn nun zeitnah mandatieren.“

## Maßnahmen zur Spielzeugsicherheit

Der Binnenmarktausschuss hat am 13. Februar Maßnahmen zur Stärkung der Spielzeugsicherheit angenommen. Dazu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für das Dossier:

„Gefährliches Spielzeug hat im Kinderzimmer nichts zu suchen. Es ist inakzeptabel, dass Spielzeug schon seit Jahren die Liste der am häufigsten gemeldeten Produktkategorien im Europäischen Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte anführt.

Heute sind wir einen wichtigen Schritt zur Erhöhung der Spielzeugsicherheit im Binnenmarkt vorangekommen. Kinder werden künftig besser vor gefährlichen chemischen Stoffen geschützt. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die von vernetztem Spielzeug ausgehenden Risiken begrenzt werden. Außerdem wird die in die Jahre gekommene Richtlinie in eine Verordnung umgewandelt, was zu einem einheitlich hohen Sicherheitsniveau führen wird.

Konkret sollen spezifische Grenzwerte für in Spielzeug verwendete chemische Stoffe reduziert werden. So halten wir am bestehenden Verbot von karzinogenen, mutagenen oder reproduktionstoxisch eingestuften Chemikalien fest und weiten das Verbot auch auf Chemikalien aus, die das Hormonsystem oder die Atemwege schädigen oder spezifisch organotoxisch sind. Der EU-Kommission wird es zudem schneller möglich sein, einen angemessenen Schutz vor bestimmten chemischen Stoffen sicherzustellen, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen.

Auch für vernetztes Spielzeug schärfen wir die Anforderungen. Sie müssen künftig in Bezug auf Cybersicherheit sowie den Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre den höchsten Standards entsprechen. Dies gilt umso mehr, wenn das Spielzeug sicherheitsrelevante künstliche Intelligenz enthält. Vernetztes Spielzeug wie die Puppe „Cayla“, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden, dürfen somit in Zukunft gar nicht erst auf dem europäischen Binnenmarkt verkauft werden.

Zahlreiche Spielzeuge, die als gefährlich eingestuft werden, stammen aus Drittländern. Wir haben festgelegt, dass die Hersteller für das Spielzeug einen digitalen Produktpass ausstellen müssen. Dieser ersetzt die gegenwärtige schriftliche Konformitätserklärung und wird nicht nur den bestehenden Verwaltungsaufwand reduzieren, sondern vor allem die Kontrolle und Durchsetzung durch die Marktüberwachungs- und Zollbehörden effizienter gestalten. Dieser Produktpass muss an den EU-Grenzen von Importeuren vorgezeigt werden. Damit ermöglichen wir den Behörden effizienter gegen unsicheres Spielzeug aus Drittländern, welches vor allem über Online-Marktplätze in den Binnenmarkt gelangt, vorzugehen.“

### Hintergrund:

Die EU-Kommission hat im vergangenen Juli die Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie vorgeschlagen. Die Reform ist nötig, um den Anforderungen bezüglich chemischer Inhaltsstoffe sowie neuer Vertriebswege Rechnung zu tragen. Zuletzt war jedes fünfte Produkt,

das von der EU als gefährlich eingestuft und deshalb aus dem Verkehr gezogen worden ist, ein Spielzeug. Das Plenum wird voraussichtlich im März über das Dossier abstimmen. Auch die Mitgliedstaaten müssen sich noch auf eine gemeinsame Linie verständigen.

## Jahresbericht der EU-Kommission zu Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit

Zum am 14. Februar veröffentlichten Jahresbericht der EU-Kommission zum Binnenmarkt und zur Wettbewerbsfähigkeit erklären:

**Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der heutige Bericht stellt dem Binnenmarkt ein grundsätzlich positives Zeugnis aus. Die Kommission zeigt sich auch bemüht die Wettbewerbsfähigkeit in der EU zu stärken. In Anbetracht der Aufgaben, die uns bis 2030 bevorstehen, wird es aber nicht reichen, den Status quo des Europäischen Binnenmarktes „nur“ aufrecht zu erhalten. Allein eine bessere Durchsetzung der bereits bestehenden Grundfreiheiten wird unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig nicht verbessern. Stillstand ist hier ein Rückschritt. Wir brauchen ambitioniertere Pläne zur Vervollständigung des Binnenmarktes, um grenzüberschreitendes Arbeiten endlich zu vereinfachen. Dazu zählen die gleichen Regeln überall, um Kosten und Mühen für die Unternehmen drastisch zu senken. Auch brauchen wir neben der Kapitalmarkunion auch einen voll integrierten Telekommunikations- und Strom-Binnenmarkt. Nur so können wir unseren Unternehmen und Verbrauchern konkurrenzfähige Preise anbieten. Die Kommission hat 2020 selbst einmal ausgerechnet, dass ein funktionierender Binnenmarkt bis 2029 713 Milliarden EUR erwirtschaften könnte. Dieses Geld wird für die Transformation dringend benötigt. Die Weiterentwicklung des Binnenmarkts muss eine der Aufgaben für die neue Kommission sein."

**Christian Ehler (CDU)**, industrie- und forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Wettbewerbsfähigkeit ist die Daueraufgabe für die Europäische Union, die zuletzt vielfach zu kurz kam. Deshalb begrüße ich es sehr, dass nun der Binnenmarkt mit der Wettbewerbsfähigkeitsfrage zusammengedacht wird. Mit dem heutigen Bericht und dem von Mario Draghi zu erarbeiteten Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit werden die Weichen für die neue EU-Kommission gestellt, Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen Thema der neuen Legislaturperiode zu machen.

Der heute veröffentlichte Jahresbericht zeigt Punkte auf, die den Europäischen Binnenmarkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit aktuell schwächen. Unsere Unternehmen brauchen z.B. einen funktionierenden Energiebinnenmarkt, um global mithalten zu können. Die gestiegenen Berichtspflichten für Unternehmen bleiben ein bürokratisches Ärgernis, und es ist gut, dass diese abgebaut werden sollen. Ein weiteres Problem ist die Gefahr des sogenannten "Goldplating" bei der Umsetzung von EU-Gesetzen in den Mitgliedstaaten. Eine über die EU-Standards hinweggehende Umsetzung von EU-Regeln verschärft die Ungleichgewichte in der EU und gegenüber dem Rest der Welt. Gerade gestern konnten wir hier Berichte der Bundesregierung zur Kenntnis nehmen, die sich für überambitionierte Regeln für Heizkessel oder für neue, zusätzliche Nachhaltigkeitskriterien für Biomasseenergieanlagen einsetzen will. Wenn die Kommission ihren eigenen Bericht ernst nimmt, müsste sie Deutschland und andere Mitgliedsstaaten auffordern, diese beiden Punkte so schnell wie möglich zu unterlassen."

## Antwerpener Erklärung für die Industrie

Am 20. Februar überreichten 73 CEOs und Generalsekretäre europäischer Industriedachverbände aus fast 20 Industriezweigen die "Antwerpener Erklärung für einen Europäischen Industriellen Deal" an EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und den belgischen Premierminister de Croo. In dieser Erklärung zeigen die Unternehmen und Verbände 10 konkrete Maßnahmen auf, die die EU in den nächsten Jahren unternehmen muss, um den Europäischen Grünen Deal mit industrieller Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU zu unterfüttern. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Die Antwerpener Erklärung ist ein sehr klares Signal aus der Wirtschaft an die Europäische Union und die Politik, dass jetzt die Implementierung und Umsetzung des Grünen Deals ansteht. Ich unterstütze diesen Aufruf der Unternehmen und Verbände sehr: Nur mit einem EU Industrie-Deal können wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung mit erfolgreichem Klimaschutz verbinden. Wir als EVP setzen uns seit Jahren für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ein und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat dies auch als zentrales Element für die Zukunft erkannt. Mit dem von mir verhandelten Netto-Null Industriegesetz ("Net-Zero Industry Act - NZIA") und der Plattform für Strategische Technologien für Europa ("Strategic Technologies for Europe Platform - STEP") haben wir zum ersten Mal einen Schritt auf die europäische Industrie gemacht. Mit NZIA und STEP haben wir nun ein Gesamtpaket aus schnelleren Genehmigungsverfahren, gezielterer Aus- und Weiterbildung von und für Fachkräfte der Netto-Nulltechnologien und einem besseren Marktzugang für Technologien „Made-in-Europe“ zusammen mit zielgerichteter Finanzierung durch existierende Instrumente geschaffen, das einen ersten Ausblick auf einen EU Industrie-Deal gibt. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union muss das zentrale Element der nächsten Legislaturperiode 2024-2029 werden - die große Mehrheit der Bürger erwartet das von uns."

## EU-Geldwäschebehörde kommt nach Frankfurt

Zur Entscheidung der EU, die neue Anti-Geldwäschebehörde AMLA in Frankfurt am Main anzusiedeln, erklären:

Die hessischen CDU-Europaabgeordneten **Sven Simon (CDU)** und **Michael Gahler (CDU)**: „Die europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA findet ihre neue Heimat in Frankfurt. Hessen konnte sich damit als Standort u.a. gegen Paris, Madrid und Rom durchsetzen. Das ist ein gemeinsamer Erfolg hessischer Vertreter auf allen politischen Ebenen und zeigt: Frankfurt ist der führende Finanzplatz der EU.“

**Markus Ferber (CSU)**, wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, der das Verfahren eng begleitet hat:

"Das Bewerbungsverfahren hat gezeigt, dass Frankfurt der ideale Standort für die neue Geldwäschebehörde ist. Gerade die Nähe zum gemeinsamen Aufsichtsmechanismus bei der EZB ist ein unschlagbarer Vorteil. Geldwäsche untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Integrität des Wirtschafts- und Finanzstandorts. Es ist an der Zeit, dass wir diesen schädlichen Praktiken ein für alle Mal ein Ende setzen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es dazu eine europäische Behörde mit echten Durchgriffsrechten braucht. Die Nähe von Frankfurt zum bei der Europäischen Zentralbank angesiedelten Aufsichtsmechanismus für europäische Großbanken schafft offensichtliche Synergieeffekte. Die meisten Institute,

die von der AMLA beaufsichtigt werden, werden auch vom SSM beaufsichtigt. Bankenaufsicht und Geldwäscheaufsicht müssen Hand in Hand gehen, um wirklich schlagkräftig zu sein. Das geht nirgends so gut wie am Standort Frankfurt. Frankfurt ist ein wichtiger Finanzplatz, gut an andere europäische Metropolen angebunden und bietet einen großen Talentpool - die AMLA wird am Standort Frankfurt exzellente Bedingungen vorfinden.“

## EZB-Jahresbericht angenommen

Zur Abstimmung über den EZB-Jahresbericht am 27. Februar erklärt **Sven Simon (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Die EZB ist für Preisstabilität zuständig, nicht für grüne Politik. Ich bin daher froh und dankbar, dass EZB-Präsidentin Christine Lagarde ein so klares Bekenntnis zum Mandat der Preisstabilität und zur intellektuellen Vielfalt in ihrem Haus abgegeben hat. Damit hat sie den Vorwurf ausgeräumt, die EZB betreibe eine aktive Klimapolitik. Hintergrund waren Medienberichte, wonach ein hochrangiges EZB-Direktoriumsmitglied gesagt haben soll, dass man dort nicht willkommen sei, wenn man grüner Politik kritisch gegenüberstehe.

Frau Lagarde betonte, dass die EZB zwar die Risiken des Klimawandels in ihre Berechnungen und Bewertungen einbeziehe. Die Verantwortung für Maßnahmen gegen den Klimawandel liege aber zu Recht bei den Regierungen und Parlamenten. Außerdem schätze sie intellektuelle Vielfalt. Die irritierende Äußerung ihres Direktoriumskollegen führte sie auf dessen Leidenschaft für den Klimaschutz zurück - die Pluralität der EZB werde dadurch nicht beeinträchtigt.“

## Mängel der Medizinprodukteverordnung

Auf Initiative der CDU/CSU sind am 29. Februar die Mängel der Medizinprodukteverordnung erneut im Plenum debattiert worden. Hierzu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Bei Medizinprodukteherstellern findet ein stilles Sterben statt. Bereits jetzt fehlen in Kliniken lebensrettende Medizinprodukte. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in Europa Patientinnen und Patienten nicht versorgt werden können. Wir brauchen deshalb jetzt dringend mehr Tempo bei der Behebung der Probleme mit der Medizinprodukteverordnung. Es geht darum, Leben zu retten.

Dass die EU-Kommission schon in diesem Jahr und nicht erst 2027 die Vorgaben der Verordnung auf den Prüfstand stellen will, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine grundlegende Überarbeitung der Medizinprodukteverordnung muss schnellstmöglich folgen. Die verpflichtende Rezertifizierung alle fünf Jahre für Produkte mit geringem Risiko sollte abgeschafft werden. Zudem sollten alle Regeln, die keine Sicherheit, sondern nur bürokratischen Aufwand bringen, gestrichen werden. Wir brauchen darüber hinaus ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für bahnbrechende Medizinprodukte.

Patientensicherheit ist ein hohes Gut. Deshalb muss der Zertifizierungsprozess für Medizinprodukte dringend einfacher gestaltet werden. Nur dann wird Europa als Innovationsstandort attraktiv für Medizinproduktehersteller bleiben. Es wäre fatal, an einem bürokrati-

tischen Zertifizierungssystem festzuhalten, das dazu führt, dass Hersteller ihre Medizinprodukte bei der FDA in USA anmelden, während uns in der EU diese Produkte dann fehlen. Damit vertreiben wir unsere hochinnovativen mittelständischen Betriebe aus der EU und riskieren gleichzeitig, dass die Patientensicherheit gefährdet wird. Eine solche innovationsfeindliche Politik muss korrigiert werden.“

## Handelsabkommen zwischen der EU und Chile

Das Europäische Parlament hat heute das modernisierte EU-Chile-Handelsabkommen bestätigt. Dazu erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel:

„Dieses Abkommen ist wichtiges Signal zu einem kritischen Zeitpunkt. Das Abkommen hievt unsere Beziehungen zu Chile auf die Höhe der Zeit: klare Regeln für den digitalen Handel mit deutlichen verbessertem Rechtsschutz für Unternehmen und Verbraucher, die konsequente Umsetzung des reformierten EU-Investitionsschutzes und die fast vollständige Abschaffung aller bis dato noch existenten Zolllinien sind klare Erfolge. Gleichzeitig zeigt das modernisierte Handelsabkommen mit Chile aber auch, dass die EU in der Lage ist geopolitisch und strategisch notwendige und kluge Abkommen abzuschließen. Der durch das Abkommen gesicherte Zugang zu kritischen Rohstoffen, allen voran Lithium, zeigt, dass die europäische Handelspolitik einen wichtigen Beitrag zu Umsetzung des Green Deals leistet. Wäre das Abkommen gescheitert, hätte China als bereitwilliger Abnehmer chilenischen Lithiums bereitgestanden.

Insgesamt ist die Handelspolitik jedoch in der sich dem Enge zuneigenden Legislaturperiode zu sehr ins Hintertreffen geraten. Obwohl sie eine vollständig europäisierte Zuständigkeit ist, ist die Liste der gelieferten neuen oder modernisierten EU-Handelsabkommen zu kurz. In dem rauen internationalen Umfeld muss zum Schutz unserer europäischen Interessen mehr möglich sein. Das muss nach der anstehenden Europawahl klar in das Aufgabenheft der neuen Europäischen Kommission geschrieben werden.“

## Rechtsrahmen zur Europäischen Digitalen Identität (EUid) beschlossen

Das Europaparlament hat am 29. Februar einen Rechtsrahmen für eine Europäische Digitale Identität (EUid) endgültig beschlossen. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Die europäische digitale Brieftasche erleichtert Leben und Arbeiten in der Europäischen Union. So können beispielsweise Studierende aus Deutschland sich künftig mit ihrer e-ID online in einer italienischen Universität einschreiben sowie Dokumente rechtssicher signieren.

Der europaweit gültige digitale Identitätsausweis wird auch das Sicherheitsniveau im Online-Handel erhöhen: Eine Bierbrauerei kann über die e-ID der Online-Kundinnen und -Kunden abfragen, ob das Mindestalter für die Bestellung erfüllt ist.

Es ist gut, dass trotz aller Chancen der Digitalisierung auch Rücksicht auf ältere Menschen genommen wird. Daher halte ich es für richtig, dass Bürgerinnen und Bürger den europäischen digitalen Identitätsausweis freiwillig nutzen können und niemand verpflichtet wird, sich künftig ausschließlich digital zu identifizieren.“

### Hintergrund:

Mit einem europaweit gültigen digitalen Identitätsausweis sollen sich EU-Bürgerinnen und Bürger künftig bei elektronischen Transaktionen ausweisen können, online Rechtsdokumente signieren, ein Bankkonto eröffnen oder sich digital an einer Universität einschreiben. Neben dem digitalen Identitätsausweis können auch weitere Dokumente, wie ein Führerschein oder ein Universitätszeugnis, in einer europäischen digitalen Briefftasche gespeichert werden. Dies hat das Europäische Parlament heute bei der Abstimmung über die Verordnung „im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität“ mit großer Mehrheit beschlossen.

## Mein Mittelfranken

### Ilse Aigner beim Neujahrsempfang der CSU Hersbruck

Was wäre wenn ... die AfD bei der nächsten Wahl als einer der Gewinner hervorgeht?

Wie würde sich das auf Deutschland und Europa auswirken?

Über die extremen Auswirkungen hat die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner am 10. Februar beim Neujahrsempfang der CSU in Hersbruck immer wieder sensibilisiert. Meine langjährige politische Kollegin sprach mir aus der Seele! Wir dürfen eine Partei, die mit solch undemokratischen und unsozialen Einstellungen wirbt und für diese einsteht nie in Führungsverantwortung kommen lassen!

Zudem ging es auch um den Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch die Ampel stark gefährdet ist. Auch das Nürnberger Land und die Stadt Hersbruck wären betroffen, denn die Region hat viele namhafte Firmenstandorte!

Zusammengefasst: eine gute Rede, ein toll organisierter Abend (viel zu kurz) und viele interessierte Bekannte getroffen!



### Allersberg Alaaf!



Die 5. Jahreszeit ist das Highlight in Allersberg! Und der Sonntag ist der Höhepunkt! Gestartet wurde am 11. Februar mit dem traditionellen Frühschoppen, anschließend der Faschingsumzug mit rund 80 aktiven Gruppen und tausenden Besuchern. Am Abend wurde dann im Kolpinghaus die Prunksitzung gefeiert. Als Senatorin habe ich es mir natürlich nicht nehmen lassen an dem dabei zu sein! Und es hat sich wie jedes Jahr gelohnt! Fabelhafte Tanzauftritte, herrliche Gags und aufwendige Verkleidungen wohin man nur geblickt hat.

Was der Faschingskomitee Allersberg e.V. und die Allersberger Flecklashexen jedes Jahr auf die Beine stellen ist wirklich Wahnsinn!

### Besuch im Milchviehbetrieb der Familie Waiz

Letzte Woche war ich zu Gast im Nürnberger Land. Die Familie Waiz hat uns ihren Familienbetrieb gezeigt. Wir haben viel über die Arbeit am Hof, politische Entscheidungen und die aktuelle Stimmung der Landwirte gesprochen.

Nach einer leckeren Stärkung führte mein ehemaliger Praktikant Max ein Interview, dass er für seine Forschungsarbeit benötigt, mit Hermann und Chris Waiz Thema war „Farm to Fork - Wie stehen Landwirte zu den Entschlüssen der EU?“.



Für mich war es interessant den Fragen und Antworten mal als Zuhörer zu lauschen. Denn sonst bin ich gewöhnlich in der Position der Antwortenden!

Danke für die Einladung liebe Familie Waiz!

### CDU/CSU-Fraktionssitzung in Berlin



„Deutschland braucht Europa mehr denn je“.

Für mich DER SATZ auf der Fraktionssitzung der CDU/CSU in Berlin am 20. Februar. Die Worte von dem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz waren gut getroffen! „Manches wurde zuletzt in Europa korrigiert und auf einen guten Weg gebracht ... Sicherheit und Wohlstand sind die top Themen der kommenden Jahre.“

Neben dem Austausch und vielen spannenden Diskussionen wurde auch ein Leitantrag verabschiedet: Für eine echte Zeitenwende in der Außen - und Sicherheitspolitik! Und auch Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden beschlossen, ebenso wurden die Münchener Sicherheitskonferenz oder die antisemitischen Vorfälle an der FU Berlin bewertet.

Zum ersten Mal nach fast 5 Jahren war ich wieder in meiner alten Fraktion zu Besuch. Für persönliche Gespräche war die Zeit zu kurz! Gerne bald wieder!

## 60 Jahre CSU-Ortsverband Neunkirchen am Sand

Die CSU kann nur so erfolgreich sein wie ihre Ortsverbände! Und dass diese einiges stemmen, das zeigt sich immer wieder!

Seit 60 Jahren ist der Ortsverband Neunkirchen am Sand bürgernah, persönlich und aktiv in der mittelfränkischen Gemeinde. Das haben wir am 23. Februar mit vielen Ehrungen, Gästen und politischen Freunden gefeiert.

Die CSU Neunkirchen am Sand setzt ich seit Jahren für die Anliegen der Neunkirchner Bevölkerung ein und ist stets bemüht mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Kirchen und Initiativen vor Ort in Kontakt zu sein. Genau das, was wir für eine politisch erfolgreiche Zukunft brauchen. Danke Euch! Auf viele weitere Jahre!



## Zu Gast bei der FU Erlangen



Letztes Wochenende war ich zu Gast bei der FU Erlangen. Im Rahmen eines geselligen Brunchs durfte ich über die aktuelle Europapolitik, aber auch über Persönliches sprechen. Anschließend wurden Mitglieder für ihr Engagement geehrt. Vielen Dank für euren ehrenamtlichen Einsatz, meine Damen und! Herren - richtig, denn in Erlangen sind auch Männer Mitglieder.

Wenn es gut werden soll, lass es Frauen machen. Wenn es besser werden soll, lass es Menschen machen!“ Frauen und Männer sind gemeinsam ein unschlagbares Team. Die FU Erlangen ist eine echte Vorreiterin!

## Landfrauentag in Roth

Es war ein schwerer Start ins neue Jahr für die Landwirtschaft! Der Agrardiesel hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Landwirte gaben den Startschuss für die bundesweiten Demos zusammen mit Gastronomie, Mittelstand und vielen weiteren, die sich solidarisch erklärt haben. Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Und welche Rolle kann der ländliche Raum dabei einnehmen?

Unter diesem Thema fand am Freitag der Landfrauentag in Roth unter der Leitung von Kreisbäuerin Moni Volkert statt. Landesbäuerin Christine Singer sprach zu diesem Thema.



Eines ist klar: Der Bauernverband hat sich von Anfang an von Aktivisten bzw. gewalttätigen, undemokratischen Demonstranten distanziert, weil er sagte es muss sich alles im demokratischen Rahmen bewegen. Leider versucht nun gerade die Partei der Grünen alle Bauern in diese extreme Ecke zu drücken. Aus Erfahrung und erster Hand weiß ich, dass das absolut falsche Aussagen sind! Wir brauchen allgemein in unserer Gesellschaft wieder mehr Miteinander. Ein gegenseitiges unterstützen von Jung und Alt.

Bauernfamilien sind hier ein gutes Beispiel! Auf unseren Höfen leben mehrere Generationen meist unter einem Dach zusammen, alle packen mit an, keiner wird hängen gelassen. Und so sollten wir in Zukunft alle miteinander leben und arbeiten!

## Herzensangelegenheiten

### „Bilder deines Lebens“



Anfang Februar war ich zu Gast bei Philipp Waldmann vom Franken Fernsehen. Mit ihm habe ich 30 Minuten lang über mein Leben und meine Karriere gesprochen. Die Sendung findet man in der [Mediathek](#) des Franken Fernsehen.

### Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich als Politikerin zahlreiche Hospize in Mittelfranken besuchen dürfen. Eines ist immer gleich: Die Einrichtungen schaffen ein warmes und liebevolles Umfeld, das nicht nur medizinische Versorgung, sondern auch emotionale Unterstützung und Trost bietet. Gerade Familien mit ihren noch so jungen Patienten können hier Erinnerungen schaffen und die Zeit zusammen genießen. Unsere Gesellschaft muss die betroffenen Familien unterstützen, sei es durch politische Maßnahmen, das Ehrenamt oder Spenden. Jeder kann seinen Beitrag leisten.

### Besuch beim Agricultural Outlook Forum in Washington, D.C.

Am 13. Februar ging es für mich nach Washington, D.C. Im Rahmen und am Rande des Agricultural Outlook Forum des US-Agrarministeriums konnten wir zahlreiche Gespräche mit Kongressabgeordneten und den Vertretern der europäischen Union und der EU-Kommission in den USA als Mitglieder des EFF - des europäischen Food Forums führen (EFF).

Das EFF konzentriert sich auf die Lebensmittelpolitik und neue Entwicklungen in der Lebensmittelversorgungskette auf



europäischer als auch auf globaler Ebene. Diese Woche standen viele Diskussionen zu den Themen der Agrar- und Lebensmittelpolitik und aufkommende Trends an.

Im November 2021 wurde die Kooperationsplattform für die Landwirtschaft (CPA) zwischen der EU und den USA initiiert. Die Vereinbarung zielt darauf ab, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen in Bezug auf die landwirtschaftlichen Herausforderungen zu intensivieren. Welche zukünftigen Schritte und gemeinsame Pläne sind angedacht?

Welche aktuellen Initiativen gibt es, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, insbesondere durch die Förderung von Forschung und Innovation?

Der Ideenaustausch, die Diskussionen und Zusammenarbeit mit weiteren Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, der US-Mission in der EU und Assistenten war informativ und sehr bereichernd. Eine Woche voller Erfahrungen!

### Ehrenamt verbindet

Es ist immer bereichernd, wenn ich auf Veranstaltungen oder privat auf Landfrauen treffe. So auch in Herrsching bei der Verabschiedung des BBV-Generalsekretärs Georg Wimmer. Das Wiedersehen mit den zwei ehemaligen Landesbäuerinnen Annemarie Blechl und Anneliese Göller war herzlich! Uns verbindet jahrzehntelange fruchtbare Zusammenarbeit im Ehrenamt!

Ich bin stolz Teil der Landfrauen zu sein und freue mich auch in Zukunft auf den regelmäßigen Austausch mit vielen inspirierenden Frauen!



### Herkunftskennzeichnung für Honig

Sehr gute Nachrichten für Verbraucher und Imker aus Brüssel. Auf Honigverpackungen muss in Zukunft genau draufstehen, wo der Honig herkommt. Knapp 40 Prozent des importierten Honigs kommt aus China, der des Öfteren mit Zuckersirup aus Reis o.ä. versetzt ist. Honigpantecherei schieben wir den Riegel vor. Das gibt Honigliebhabern Sicherheit und schützt die heimischen Imker, die beste Qualität liefern und viel Mühe und Liebe in ihre und den Honig stecken.



### Austausch mit dem KLJB in Berlin

Eine Meinung haben, sich austauschen und zuhören - all das heißt für mich auch Politik leben. Ich bin immer gerne im Gespräch mit Parteifreunden oder politisch Interessierten. So wie gestern. Die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands hat mich zum Gespräch in Berlin eingeladen.

Es ging um Demokratie, die anstehende EU- und Bundestagswahl und wie Jugendverbände Einfluss auf Parteiprogramme nehmen können. Die Themenpalette war breit und reichte von neuen Züchtungsmethoden hin zu Export von Pflanzenschutzmitteln und dem Lieferkettengesetz.

Ein interessanter Austausch, der nach Fortsetzung ruft!

### Fast Fashion bestimmt - leider - den Modemarkt

Immer mehr Artikel werden produziert, mit immer weniger Qualität. Und leider werden Kleidungsstücke heute schneller weggeschmissen als früher.

Beim BRK ist Second Hand & Recycling in! Das Rote Kreuz betreibt in ganz Deutschland seine „Rotkreuzläden“ und gibt Kleidungsstücke eine zweite Chance.

Zu dem Thema „Kleidersammlung - Sammlung und Recycling von Textilien“ hat sich heute der BRK Kreisverband zum Fachtag in Nürnberg getroffen. Ich konnte über die neuen Abfallrichtlinien, die ab 01. Januar 2025 gelten, sprechen. Denn neben Papier, Metall, Kunststoff und Glas müssen ab nächstem Jahr auch Alttextilien getrennt gesammelt werden.



In Deutschland Tradition, in Europa und weltweit hängt man hier noch hinterher. Weltweit wird gerade einmal 1% der Kleidung recycelt, der Rest verbrannt ...

## Lesenswert

### EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

### Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik sowie die [Sonderausgabe](#) zum Thema „EU-Entwicklungszusammenarbeit trifft auf Geopolitik“.

---

## Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.